Asylverfahren

BVA unterstützt Digitalisierung

[07.03.2016] Um das Datenaustauschverbesserungsgesetz umzusetzen, hat das Bundesverwaltungsamt (BVA) ein Großprojekt gestartet. Die bei der Digitalisierung des Asylverfahrens notwendigen IT-Systeme werden im BVA angepasst und die Schnittstellen mit den angeschlossenen Behörden abgestimmt.

Das Bundesverwaltungsamt (BVA) unterstützt Bund, Länder und Kommunen mit einem Großprojekt bei der Digitalisierung des Asylverfahrens und des Identitätsmanagements. Für die Umsetzung des Datenaustauschverbesserungsgesetzes (wir berichteten) hat das BVA laut eigenen Angaben ein Großprojekt gestartet, in dem die entsprechenden IT-Systeme im eigenen Haus angepasst oder neu entwickelt werden. Auch werden die Schnittstellen mit den angeschlossenen Behörden abgestimmt und umgesetzt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière sprach mit Blick auf die Registrierung von Asyl- und Schutzsuchenden von einem sehr komplizierten IT-Projekt: „Hier werden Schnittstellen gebraucht zwischen Polizeidateien, Dateien der Bundesagentur für Arbeit, Dateien des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und verschiedensten Dateien der Länder, die wiederum oft nicht landeseinheitlich sind, sondern je nach Kommune unterschiedlich.“ Viele dieser Schnittstellen laufen laut der Meldung des BVA im Registerportal des Bundesverwaltungsamts zusammen. Das darin betriebene Ausländerzentralregister (AZR) bildet das Kerndatensystem zur Erfassung und Registrierung der Asyl- und Schutzsuchenden. Mit weiteren IT-Systemen in der Registerplattform des BVA werde der Informationsaustausch zwischen den Behörden und Organisationen medienbruchfrei angestoßen und gesteuert. Das gemeinsame Projekt der IT-Organisation und der zuständigen Fachabteilung soll mit agilen Methoden und auf Basis des etablierten Standards der Register Factory umgesetzt werden. Geplant ist, das Vorhaben sukzessive im Jahr 2016 und bis Anfang 2017 in den Echtbetrieb zu überführen.

(ve)

Stichwörter: Panorama, Bundesverwaltungsamt (BVA), Asylverfahren, Ausländerwesen, Datenaustauschverbesserungsgesetz